

Stermann, Walter

Article — Digitized Version

## Der "Koren-Plan": Das neue wirtschaftspolitische Konzept

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Stermann, Walter (1968) : Der "Koren-Plan": Das neue wirtschaftspolitische Konzept, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 8, pp. 453-455

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133876>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Der „Koren-Plan“

## das neue wirtschaftspolitische Konzept

Dr. Walter Stermann, Wien

**Umstrukturierung der Industrie, Sanierung der Landwirtschaft, Fusionserleichterung, Ausfuhrförderung und Budgetsanierung sind die neuen Schlagworte der österreichischen Wirtschaftspolitik. Nach Jahren des Improvisierens hat es den Anschein als könne der Finanzminister Prof. Dr. Stephan Koren nun ein umfassendes wachstumsorientiertes Konzept durchsetzen. Sein Programm enthält viele Parallelen zu den Maßnahmen, die in der Bundesrepublik bereits getroffen wurden oder noch diskutiert werden.**

Die österreichische Wirtschaftspolitik zeichnete sich nach dem Krieg weder durch weitblickende Konzeption noch durch vorausschauende Planung aus. Der Grund dafür lag vor allem in den innerpolitischen Gegebenheiten, in der Zusammensetzung der Koalitionsregierungen, die seit Kriegsende von den beiden Großparteien — der christlichen Volkspartei und der Sozialistischen Partei — gebildet wurden. Dieser Zusammenschluß war in der Nachkriegszeit zunächst sinnvoll. Nachdem die Parteien aber die schwersten Folgen des Krieges für die österreichische Wirtschaft beseitigt und die Grundlagen für den Wiederaufbau geschaffen hatten, verloren sie mit dem Staatsvertrag vom Mai 1955 ihren Sinn als Konzentration aller politischen Kräfte gegenüber den Besatzungsmächten.

### KEINE KOORDINIERTEN ENTSCHEIDUNGEN DER REGIERUNG

Immer deutlicher zeigte sich in der Folgezeit der zwischen den beiden Parteien vor allem in Fragen der Wirtschaftspolitik bestehende Antagonismus, der die Zusammenarbeit mehr und mehr erschwerte. Ideologische Gegensätze machten es zunehmend schwieriger, innerhalb der Regierungen zu gemeinsamen Lösungen wichtiger Wirtschaftsprobleme zu gelangen. Man schob die Probleme vor sich her und gab dem Partner die Schuld daran, daß keine Lösung gefunden werden konnte. So blieben auch die von der Notenbank ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen ohne den erhofften Erfolg, weil meist die notwendigen koordinierten Ergänzungsmaßnahmen fehlten.

Trotz dieser Gegensätze wird in den von beiden Parteien paritätisch besetzten Gremien konstruktive Arbeit geleistet. Das gilt sowohl für die von der Regierung eingesetzte Paritätische Lohn- und Preiskommission als auch besonders für den dieser Kommission angeschlossenen Wirtschafts- und Sozialrat. In diesen Gremien ist es für die Experten der Interessenvertretungen und der Sozialpartner nicht so schwierig, gemeinsame Empfehlungen zu erreichen. Denn ihre Entscheidungen werden weniger von ideologischen und parteipolitischen als von wissenschaftlichen Erkenntnissen getragen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, das von den Parteien nahezu völlig unabhängig ist. Seine laufend erstellten Analysen der österreichischen Wirtschaft, die kurzfristigen Prognosen und Spezialarbeiten bilden eine wichtige Grundlage für Regierungsentscheidungen.

Als die Österreichische Volkspartei nach den letzten Wahlen im März 1966 die absolute Mehrheit errang, war die Zeit reif, das Koalitionssystem aufzugeben. Die erste „monochrome“ Regierung der Zweiten Republik wurde gebildet — mit den Sozialisten und der kleinen Gruppe der Freiheitlichen in der Opposition. Das Erbe, das die neue Regierung antrat, war auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet nicht ganz leicht. Es muß ihr jedoch das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie in der ersten Hälfte der vierjährigen Legislaturperiode durchaus nicht untätig gewesen ist. Eine ihrer wichtigsten Initiativen war die Ausarbeitung des sog. „Koren-Plans“.

Ende Juli 1967 beauftragte die Regierung den früher am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

tätigen, damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt Prof. Koren mit der Ausarbeitung eines Berichtes über die wirtschaftliche Situation Österreichs. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die Abschwächung des Wirtschaftswachstums auch in Österreich hauptsächlich konjunkturbedingt und eine Folge der geringeren Nachfrage war. Darüber hinaus beständen aber weitere Einflußfaktoren, für deren Beseitigung die traditionellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen — wie nachfragefördernde Budget-, expansive Notenbankpolitik usw. — im Interesse einer ständigen Expansion der österreichischen Wirtschaft nicht mehr ausreichen.

#### „KOREN-PLAN“ ALS GRUNDLAGE DES RAHMENPROGRAMMS

Der Bericht war Gegenstand ausführlicher Beratungen mit den Interessenvertretungen und der Notenbank. Er diente als Grundlage eines vom Ministerkomitee für wirtschaftliche Angelegenheiten beschlossenen Rahmenprogramms, das der inzwischen mit dem Finanzressort betraute Prof. Koren Ende April 1968 der Öffentlichkeit vorlegte. Dieses Programm kann, wie der Minister vor der Presse sagte, nur in einer Marktwirtschaft angewandt werden und daher „sozialistischen Wunschvorstellungen nicht genügen.“<sup>1)</sup> Es sei nicht allein darauf abgestellt, mit den augenblicklichen kurzfristigen Schwierigkeiten fertigzuwerden, sondern auch jene Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einem starken und längerfristigen Wachstum der österreichischen Wirtschaft entgegenstehen.

Mit einer Wachstumsrate von real 2,5 % lag Österreich im Jahre 1967 im Mittelfeld des internationalen Vergleichs. Durch expansive Maßnahmen der Regierung und der Notenbank konnte eine Stagnation vermieden werden. Zum Ausgleich des privaten Nachfragerückgangs wurden die öffentlichen Investitionen im Budget 1967 um 22 % erweitert. Ferner wurden der Diskontsatz um 1/2 % und die Mindestreservesätze zweimal gesenkt. Ein weiteres positives Moment war die Ausweitung des Exports um 7,4 % (1966: 5,2 %) bei gleichbleibenden Importen. Beides ist zwar eine Folge der abgeschwächten Konjunkturlage, doch dürfte die Exportsteigerung auch durch die gesetzliche Ausweitung der Exportförderung begünstigt worden sein. Das Budget 1968 sieht zur weiteren Konjunkturstützung ein nachfragewirksames Defizit von 3,3 Mrd. S vor. 1,2 Mrd. S wurden bereits zu Beginn des Jahres aus einem Eventualbudget freigegeben. Mit derartigen konjunkturpolitischen Maßnahmen, die der expansiven Politik anderer Länder weitgehend entsprechen, hofft man, der österreichischen Wirtschaft den Anschluß an die zu erwartende internationale Konjunkturbelebung zu sichern.

Hinsichtlich der langfristigen Aspekte der österreichischen Wirtschaft versucht der „Koren-Plan“ nachzu-

<sup>1)</sup> Die sozialistische Opposition hat übrigens auch ihrerseits einen längerfristigen Wirtschaftsplan von ihren Experten ausarbeiten lassen, der gegenwärtig in den Parteigremien diskutiert wird und im Herbst in seiner endgültigen Fassung vorgelegt werden soll.

weisen, daß die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Österreich — unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage — schon ab 1960/61, als die Vollbeschäftigung erreicht war, einsetzte. Sie sei in den folgenden Jahren lediglich durch die Hochkonjunktur überdeckt worden und daher erst in der letzten Konjunkturdämpfung deutlich sichtbar geworden. Kurzfristige Konjunkturschwankungen, die in jeder wachsenden Wirtschaft auftreten, sollten nach Korens Ansicht keineswegs — wie dies in letzter Zeit in Österreich geschehen ist — als Symptome einer Wachstumsbeschleunigung oder -verlangsamung interpretiert werden. Denn dann bestände die Gefahr, daß die Anzeichen der Wachstumsschwäche beim nächsten Aufschwung wieder überdeckt und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ihrer Beseitigung mehr oder weniger als nicht erforderlich angesehen werden.

#### SCHWERPUNKT AUF WACHSTUMS- UND STRUKTURPOLITIK

Daher legt Koren das Schwergewicht seines wirtschaftspolitischen Konzepts auf die Wachstums- und Strukturpolitik.

Für die Konjunkturpolitik wird eine Intensivierung der schon bestehenden guten Zusammenarbeit der Regierung mit den Sozialpartnern empfohlen. Die Hauptaufgabe der Sozialpartner sieht er in einer verantwortungsbewußten, die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmungen nicht beeinträchtigenden Lohnpolitik, während die Regierung alle ihr gegebenen Möglichkeiten zur Konjunkturbelebung ausschöpfen müßte.

In der Budgetpolitik steht die Regierung vor äußerst schwierigen Aufgaben. Da fast 90 % der Ausgaben durch gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen fest gebunden sind, bleibt einer antizyklischen Budgetpolitik nur ein sehr geringer Spielraum. Zudem hat die Ausgabefreudigkeit der Politiker dazu beigetragen, daß sich nach jüngsten Schätzungen für die Haushaltsjahre 1969 und 1970 Finanzierungslücken von mindestens 16 Mrd. S ergeben. Defizite dieser Größenordnung sind für die österreichische Wirtschaft untragbar. Auf Korens Antrag hat die Regierung daher beschlossen, die Ausgaben in den Budgets der beiden nächsten Jahre jeweils um 5 Mrd. S zu kürzen. Auf der Einnahmeseite sollen durch — teils zeitlich begrenzte — Erhöhungen direkter und indirekter Steuern zusätzlich je 3,8 Mrd. S aufgebracht werden. Damit wird die Finanzierungslücke auf etwa die Hälfte reduziert.

In der Agrarpolitik soll der strukturelle Anpassungsprozeß der Landwirtschaft durch die Erstellung einer modernen Marktordnung (die gegenwärtige stammt noch aus der Zeit des Übergangs von der Mangellage zur normalen Versorgung) erleichtert werden. Neben der bereits für die Erzeugung bestehenden Förderung durch den „Grünen Plan“ wird die

Anpassung der Produktion an den Bedarf des In- und Auslands und an die anderen europäischen Marktordnungen, vor allem die der EWG, angestrebt.

□ Die Wachstums- und Strukturpolitik soll der österreichischen Wirtschaft die rasche Anpassung an die internationale Entwicklung ermöglichen. Sie beinhaltet Maßnahmen auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik (Änderung des Kartellgesetzes und der Gewerbeordnung), der Investitions- und Finanzierungspolitik, der Industriepolitik und der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Für die Arbeiten am österreichischen Energieplan und am Verkehrskonzept wird ein baldiger Abschluß empfohlen.

#### WEITGEHENDE FÖRDERUNGSMASSNAHMEN

Im einzelnen sind auf dem Sektor der Investitions- und Finanzierungspolitik folgende Maßnahmen vorgesehen: Schaffung einer großen einheitlichen Investitionskreditbank auf kommerzieller Grundlage durch Zusammenschluß zweier bestehender Unternehmungen und zusätzliche Kapitalzufuhr durch den Kreditapparat, Erweiterung der bestehenden Bürgschafts-

fonds, Beseitigung der steuerlichen Hemmnisse bei Konsortialkrediten mehrerer Kreditunternehmungen für Großprojekte.

In der Industriepolitik sollen Entwicklungs- und Erneuerungsfonds sowohl zur Unterstützung der Konzentration von Unternehmungen und Produktionsprogrammen als auch zur Förderung von Betriebsneugründungen und Umstrukturierungen gebildet werden. Weiter sind vorgesehen: Konzentrationsförderung durch Milderung der steuerlichen Hemmnisse, regionale Entwicklungsförderung, Förderung der Forschung durch vermehrte Zuschüsse aus dem Budget und zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen. Die Reorganisations- und Sanierungsmaßnahmen in der verstaatlichten Industrie durch die Dachorganisation ÖLG sollen verstärkt werden.

Viele der vorgesehenen Maßnahmen haben bereits konkrete Formen in entsprechenden Gesetzen gefunden, die entweder im Entwurf fertiggestellt oder in Ausarbeitung sind. Österreich darf hoffen, daß hier endlich einmal ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept erstellt wurde, das der Situation des Landes weitgehend Rechnung trägt.

## *Entwicklungspolitik*

# Weltbank fördert Landwirtschaft in Entwicklungsländern

Alexander Funkenberg, Frankfurt/Main

Die Nahrungsmittelversorgung der Menschheit hält mit dem Bevölkerungswachstum immer weniger Schritt. Denn bis zum Jahre 2000 — und das sind nur noch knapp 32 Jahre — wird die Menschheit auf etwa 6,5 Mrd. angewachsen sein. Davon werden rund 5 Mrd. in Entwicklungsländern leben. Die von den Fachleuten erhobene Forderung, den derzeitigen Ertrag an Nahrungsmitteln bis 1980 zu verdoppeln und bis zum Jahre 2000 zu verdreifachen, scheint angesichts dieser Tatsache unerreichbar. Da jedoch Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung ständig wechselnden Einflüssen unterliegen, ist auch in diesen Schätzungen ein gewisser Unsicherheitsfaktor nicht ganz auszuschließen.

Die Weltbank-Gruppe mißt dem Problem der zukünftigen Welternährung große Bedeutung bei und schenkt der Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern vermehrte Beachtung. Die bisherigen Gesamtleistungen der Bank und der „Internationalen Entwick-

lungs-Organisation“ (IDA), die wegen ihrer besonders günstigen Kreditbedingungen auch „weiche“ Weltbank genannt wird, stiegen im Agrarbereich zwar auf 1,1 Mrd. \$ an. Wirtschaftliche und rechtliche Gründe ließen eine wünschenswerte weitere Ausdehnung des Finanzierungsvolumens jedoch nicht zu.

#### VIELSEITIGE FÖRDERUNGSFORMEN

Wie wirkungsvoll die Förderung seitens der Weltbank sein kann, wird aus einem unlängst für Brasilien bewilligten Darlehen für ein Viehzuchtprojekt erkennbar. Von den Gesamtkosten dieses Vorhabens, die auf 80 Mill. \$ geschätzt werden, deckt das Bankdarlehen die Hälfte; die brasilianische Regierung hat rund 25 Mill. \$ übernommen, und den Rest von 15 Mill. \$ haben die beteiligten Farmer aus eigenen Mitteln beigesteuert. Es ist beabsichtigt, mit diesem Kapital die Schlachtvieherzeugung vor allem durch verbesserte